



Amt für Gleichstellung

16.05.2023

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Herr Chmielorz

Telefon: 492-1706

Chmielorz@stadt-
muenster.de

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Betrifft

Die Stadt des Westfälischen Friedens tritt gegen die gewaltsame Verfolgung von LGBTIQ*-Menschen ein
Antrag A-R/0079/2021 der CDU-Ratsfraktion

Beratungsfolge

07.06.2023 Ausschuss für Gleichstellung

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Ausschuss für Gleichstellung möge beschließen:

1. Es wird ein Fachtag zu Aspekten von LSBTIQ* Menschenrechten durchgeführt und
2. die Ergebnisse des Fachtages werden dem Ausschuss für Gleichstellung vorgelegt und dort erörtert.
3. Der Antrag Nr. A-R/0079/2021 ist damit aufgegriffen und erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	01 04	Gleichstellung aller Geschlechter			
Zeile	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	2023	2.400	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

Begründung:

Der Antrag an den Rat Nr. A-R/0079/2021, „Die Stadt des Westfälischen Friedens tritt gegen die gewaltsame Verfolgung von LGBTIQ-Menschen ein“ der CDU-Ratsfraktion ist in der Sitzung des Rates am 10.11.2021 an den Ausschuss für Gleichstellung verwiesen worden. Er nimmt Bezug auf die Menschenrechtssituation von Lesben, Schwulen, trans*, inter* und queeren Menschen in Tschetschenien und umfasst drei Beschlussvorschläge:

1. Die Stadt Münster führt in Kooperation mit passenden lokalen Akteuren und Multiplikatoren eine Konferenz zur gewaltsamen Verfolgung der LGBTIQ-Menschen durch.
2. Ziel der Konferenz ist es, Menschenrechtsverletzungen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und die aktuelle Lage für Betroffene vor Ort aufzuzeigen. Lösungsansätze zum besseren Schutz queerer Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung flüchten, sind zu entwickeln. Zudem ist zu erörtern, wie aus Deutschland heraus dabei geholfen werden kann, die Verbrechen aufzuarbeiten und die Täter zur Verantwortung zu ziehen.
3. Die Ergebnisse der Konferenz werden dem Ausschuss für Gleichstellung vorgelegt und dort erörtert. Ziel ist es, die Bundesregierung aufzufordern, sich gegen die Diskriminierung und Gewalt einzusetzen, humanitäre Hilfe zu leisten und Betroffenen Schutz zu gewähren.

Zu den Antragspunkten 1. und 2.

Vorbemerkung: Zur Menschenrechtssituation in Tschetschenien:

Die Russische Zeitung „Novaya Gazeta“ hat am 1 April 2017 zum ersten Mal über die Verfolgung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und inter* Personen in der Tschetschenischen Republik berichtet. „Novaya Gazeta berichtete über Fälle von Entführung, willkürlicher Inhaftierung und Folter von mutmaßlich schwulen Männern, an denen tschetschenische Strafverfolgungsbeamte auf Anordnung höchster tschetschenischer Behörden direkt beteiligt waren. Diese Verfolgungskampagne fand vor dem Hintergrund schwerer, systematischer und weit verbreiteter Diskriminierung und Belästigung von LGBTI-Personen in der Republik Tschetschenien statt“, so heißt es in der Resolution 2230 des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2018. Im Text der Resolution heißt es weiter, dass mehr als 114 LGBTI-Personen und ihre Familien aus der Tschetschenischen Republik fliehen mussten.

Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges und der fortwährenden völkerrechtswidrigen Besetzung des ukrainischen Territoriums haben der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) ihre Solidarität mit den ukrainischen Partner*innen bekräftigt.

Mit Blick auf den fortgesetzten Krieg Russlands gegen die Ukraine nimmt diese Berichtsvorlage das Anliegen der Auseinandersetzung mit der Menschenrechtssituation von LSBTIQ* Personen in der russischen Teilrepublik Tschetschenien nicht auf.

Ein Fachtag zu Aspekten von LSBTIQ Menschenrechten*

An Stelle dessen schlagen wir einen Fachtag vor, der sich mit Diskriminierung von und Gewalt an LSBTIQ* Personen beschäftigt. Dabei liegt der Fokus auf Münster und den Akteur*innen im Schnittpunkt zwischen LSBTIQ* Lebenserfahrungen und Migration, Flucht, internationaler Biographie. Ziel des Fachtages sollte sein, nicht über Personen zu sprechen, die Diskriminierungen, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen erfahren, sondern mit ihnen.

Seit 2021 arbeitet das vom Amt für Gleichstellung ins Leben gerufene Netzwerk sexuelle und ge-

schlechtliche Vielfalt auf der Grundlage des vom Verwaltungsvorstand befürworteten Arbeitsplans zur Gleichstellung und Gleichberechtigung von Menschen aller geschlechtlichen Identitäten zu relevanten Themen mit der Zielgruppe LSBTIQ* Personen. Das Netzwerk tauscht sich dreimal jährlich aus mit Beteiligung von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Münster, Vertreter*innen der LSBTIQ* Community und Expert*innen aus der Stadtgesellschaft. Wir schlagen vor, das Netzwerk sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und die Expertise der Teilnehmenden als Basis für einen Fachtag LSBTIQ* und Menschenrechte zu nutzen. Folgende Akteur*innen in Münster sollten einbezogen werden:

- Beratungsstellen der LSBTIQ*-Träger in Münster,
- Beratungsstellen, die an der Schnittstelle LSBTIQ* und Flucht/Migration arbeiten,
- Selbsthilfe und Beratungsstrukturen von und für trans* und inter* Personen,
- Akteur*innen aus dem Praxisfeld Migration in Münster, wie der Integrationsrat und -in Abstimmung mit dem Kommunalen Integrationszentrum- Migrant*innen-Selbstorganisationen, Glaubensgemeinschaften sowie Vereine und Institutionen.

Ziel des Fachtages ist es, Netzwerkstrukturen in Münster auszubauen, Synergien zwischen unterschiedlichen freien Trägern und NGOs aus den Bereichen LSBTIQ* und Migration/Flucht/Asyl zu ermöglichen und die Kooperation mit Blick auf Mehrfachdiskriminierung von queeren Personen auszubauen. Als Gäste sollen darüber hinaus Interessierte und Akteur*innen aus der Stadtgesellschaft und der Politik eingeladen werden.

Wir schlagen einen halbtägigen Fachtag im Herbst 2023 vor. Neben einem Grußwort durch den Oberbürgermeister oder eine der Bürgermeister*innen planen wir eine Keynote mit Diskussion sowie mehrere Themeninseln (z. B. „Queer Refugees in Münster“, „Die jeweils andere Perspektive? - LSBTIQ* und internationale Biographien“, „Asyl und LSBTIQ*“ etc.).

zu Antragspunkt 3.

Die Ergebnisse des Fachtages werden dem Ausschuss für Gleichstellung vorgelegt und dort erörtert.

gez.
Markus Lewe

Anlagen:

Antrag an den Rat A-R/0079/2021

„Die Stadt des Westfälischen Friedens tritt gegen die gewaltsame Verfolgung von LGBTIQ-Menschen ein“